

Pflegekammer NRW

Errichtungsausschuss wählt Vorstand

Foto: MAGS NRW

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann und die von ihm berufenen 19 Mitglieder des Errichtungsausschusses der Pflegekammer NRW kamen Ende September zusammen.

Die Pflegeberufe in Nordrhein-Westfalen vertreten künftig ihre Interessen in einer Pflegekammer. Der von NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann berufene Errichtungsausschuss der neuen Pflegekammer traf sich Ende September zu seiner konstituierenden Sitzung. „Unser Ziel ist es, dass die Pflege endlich auf Augenhöhe mit anderen Professionen des Gesundheitswesens steht“, erklärte der Minister.

Der 19 Mitglieder zählende Ausschuss muss nun eine Geschäftsstelle aufbauen, eine Satzung erarbeiten, Mitglieder registrieren und

die ersten Wahlen vorbereiten. Sandra Postel, bisher Vizepräsidentin der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, wurde zur Vorsitzenden des Errichtungsausschusses gewählt, Ludger Risse, Vorsitzender des Pflegerats NRW, zu ihrem Stellvertreter. Sie vertreten den Errichtungsausschuss, gerichtlich und außergerichtlich. Laut Postel gilt es nun, eine moderne Selbstverwaltungsorganisation und berufsfachliche Interessenvertretung der Pflege aufzubauen, die die über 200.000 Mitglieder im bevölkerungsreichsten Bundesland vertritt. vl

Verwaltungskosten

Sterbekassen lösen sich auf

Nach den Gemeinschaftshilfen der Ärzte für Köln und Aachen haben sich auch die Gemeinschaftshilfen von Essen/Duisburg und Düsseldorf/Mettmann/Neuss aufgelöst. Da die Satzung der Gemeinschaftshilfen keine Verwaltungskosten vorsieht, zog bislang die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein die Spenden der Mitglieder ein. Das gehört allerdings nicht zu deren gesetzlichen Aufgaben und wurde deshalb vom Gesundheitsministerium beanstandet. Aus diesem Grund könne auch die Ärztekammer den Spendeinzug nicht übernehmen, wie deren Rechtsabteilung erklärte. Der Zweck der Gemeinschaftshilfen, ein würdiges Begräbnis und den Hinterbliebenen den Unterhalt für eine Übergangszeit zu sichern, sei zudem mittlerweile anderweitig sichergestellt. So gehörten eine Hinterbliebenenrente und ein Sterbegeld zu den Leistungen der Nordrheinischen Ärzteversorgung. HK

Gesundheitsministerkonferenz

Klimawandel soll Schwerpunktthema der Ärzteschaft bleiben

Ende September hat die 93. Gesundheitsministerkonferenz getagt. In einem Beschluss heißt es, dass die Länderminister es begrüßen würden, wenn das Thema Klimawandel, das auf dem Deutschen Ärztetag dieses Jahres Schwerpunkt sein sollte, im nächsten Jahr wieder aufgegriffen wird. Die GMK bittet die Heilberufskammern der Länder unter diesem Aspekt auch die jeweiligen Weiterbildungsordnungen zu prüfen und entsprechende Inhalte zu ergänzen.

Hochaktuell bleibt auch die Bekämpfung der Corona-Pandemie, die

laut der Minister deutlich mache, dass die dauerhafte Vorhaltung von Behandlungskapazitäten in den Krankenhausern abgebaut werden muss. Eng damit verbunden sei auch die Neuordnung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ÖGD: Die Attraktivität des ÖGD müsse gesteigert werden und eine bessere unbefristete Personalbesetzung erreicht werden. Amtsärztinnen und -ärzte sollten zudem eine Honorierung erhalten, die sich am Tarif des Marburger Bundes orientiert.

Die Konferenz widmete sich zudem den IT-Lösungen des Gesundheitswesens. Ein reibungsloser Datenaustausch zwischen Ärztinnen, Ärzten und Laboren sowie Patientinnen und Patienten sollte schnell und unkompliziert ermöglicht werden. Für den Austausch über die Weiterentwicklung und den aktuellen Verlauf soll eine Kommunikationsplattform zwischen Bund und Ländern eingerichtet werden. Die vollständigen Beschlüsse finden sich unter <https://www.gmkonline.de/Beschluesse.html?jahr=>. vl